Nr. 138 XXVIII. Jahrgang

Mittwoch, 2. Juni 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 5 28, 13 6 38, 13 8 97, 17 1 00. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2080. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise:
Grundzeile, 22 mm breit, M. 3.—, für das Ausland M. 10.—, Reklamezeile, 54 mm breit, M. 6.—, mit Platzvorschrift M. 7.—, für das Ausland M. 20.—. Bei Ziffern- oder Kunstsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 30 Pf. Preiserhöhung laut Tarif. Für Einhaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise:
Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 4.25, vierteljährlich M. 12.75. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 3.75, vierteljährlich M. 11.25, ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.60, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.—. Preis für die Einzelnummer 20 Pf.

Bulgarien und die Räumung Thraziens

Nicht wir allein haben unter der kurzsichtigen, lediglich von machtpolitischen Erwägungen geleiteten Abgrenzungsmathematik der Entente zu leiden. Wo man hinblickt, haben die in der schönen Umgebung der französischen Hauptstadt verbrochenen Friedensverträge von Versailles, St.-Germain und Neuilly statt aufzubauen, tatsächlichen Frieden zu stiften und Besseres als vorher zu schaffen, nur Trümmer hinterlassen, Beängstigung und Erbitterung erzeugt. Und die Folgen davon sind eine Verschlechterung der politischen Lage in Europa.

Die reine Verteilung der Macht ist ganz im Gegensatz zu der einstmaligen Verheißung vom Schutze der schwachen Staaten von den alliierten und assoziierten Hauptmächten als ein großzügiges, von interessenpolitischen Gesichtspunkten geleitetes Verwaltungsprojekt durchgeführt worden. Die Türkei ist von der europäischen Landkarte mit einem Federstrich entfernt worden, Bulgarien auf seine Grenzen zurückgeführt, wie es vor dem ersten Balkankrieg bestand. Glaubt die Entente, durch diese Dr.-Eisenbart-Kur bessere Verhältnisse zu schaffen, so befindet sie sich auf einem Irrwege. Gewiß läßt sich eine Zeitlang eine Politik aufrechterhalten, die mit allen Mitteln militärischen Aufgebots und wirtschaftlicher Förderung der auserwählten Staaten geführt wird, aber dauernde Verhältnisse bringt sie auf keinen Fall zustande. Dazu bedarf es denn doch anderer Erwägungen als solcher, die darauf hinauslaufen, in allen Teilen der Welt übersättigte englische Helfershelfer der eigenen Macht und Ländergier einzusetzen.

Die türkische Frage läßt heute schon erkennen, daß es sehr gefährlich ist, ein Volk zur Verzweiflung zu treiben, und die Verjagung der Bulgaren von den Küsten des Ägäischen Meeres ist ein Schulbeispiel dafür, wie verworfen und verhängnisvoll die Bevormundung eines Volkes zum ausschließlichen Nachteil eines andern ist. Durch die von der Bulgarischen Telegraphenagentur aus Gümultschina gemeldete, inzwischen wohl schon vollzogene Besetzung Thraziens durch griechische Truppen ist Bulgarien vollends vom Meere abgeschnitten worden. Das Griechenland des Venizelos ist dadurch territorial zum mächtigsten Staat im östlichen Mittelmeer geworden, obwohl es auch ohne die Zuteilung der südlichen Küste Bulgariens bereits durch die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten überfüttert ist. Griechenland ist gar nicht einmal in der Lage, die Vorzugsstellung genügend auszukosten und zu verdauen, besonders seitdem es durch seinen kleinasiatischen Besitz bei der dünnen Bevölkerung und seiner mäßigen Verwaltungstechnik nichts Besseres anzufangen weiß.

Die Räumung Thraziens hingegen durch die bulgarische Bevölkerung hat das Land in große Schwierigkeiten versetzt. Die aus dem zwangsweise freigegebenen Gebiet zurückströmende Bevölkerung überflutet das Innere des Landes, ohne daß an eine zufriedenstellende Unterbringung der neuen Flüchtlinge, die seit langem an der Küstengegend ansässig und berufstätig gewesen sind und zum Teil auch Grundbesitz erworben hatten, gedacht werden kann. Bulgarien ist durch den Friedensvertrag in eine Zwangslage versetzt worden, die der unsern verzweifelt ähnlich sieht, weil die Durchführung der drückendsten Bedingungen ohne Rücksicht dekretiert wurde, ob das davon betroffene Volk auch lebensfähig bleiben kann. Wenn Bulgarien diesen Vertrag unterschrieben hat, so geschah es nur, weil Ministerpräsident Stambulinsky ähnlich Friedrich Horthy in Ungarn mit der Zeit eine Revision des Vertrages dadurch erhoffte, daß er reu- und demütig in den Schoß der Entente zurückkehrt. Eine solche Politik können wir uns freilich nicht zu eigen machen, weil sie unsrer Auffassung von Würde nicht entspricht. Aber unser Ziel ist das gleiche, die Revision eines Vertrages, der im ganzen wie im einzelnen ein unmögliches Machwerk darstellt. Diese Erkenntnis ist das eine, was wir mit unserm einstigen Bundesgenossen gemeinsam haben.

•

Aenderung der englischen Orientpolitik?

ITA. Paris, 1. Juni. (Eig. Drahtbericht.) **Der Londoner Mitarbeiter des „Intransigeant" meldet unter Vorbehalt, es gehe das Gerücht um, Lord Curzon werde seinen Posten als Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten verlassen. Dieses Gerücht könne in ein oder zwei Tagen seine Bestätigung finden. Man müsse darin die Anzeichen einer Aenderung der englischen Politik für alle Angelegenheiten sehen, die den Orient im allgemeinen und die Türkei im besonderen betreffen.**

•

Die Haltung der bulgarischen Regierung

Wie die „Times" aus Sofia melden, erklärte der Ministerpräsident im bulgarischen Parlament, die Regierung sei entschlossen, der Bildung von Banden, die den Griechen Widerstand leisten wollen, entgegenzutreten und gegen die Entente loyal zu handeln. Dann werde man später versuchen können, eine Revision der Beschlüsse von San Remo über Thrazien herbeizuführen.

Die russisch-polnischen Kämpfe

Das tschecho-slowakische Pressebureau meldet: Nach dem Moskauer Kriegsberichte vom 30. d. M. kämpfen die Roten Truppen östlich von Wilna noch immer auf der Linie Bizi—Kriwitsche an der Bahn Polock—Warschau bis zum Pelik-See. An der Beresina dagegen scheinen vor Minsk die Roten Truppen bei der Mündung der Uscha in die Beresina an das linke Ufer der letzteren geworfen zu sein. Am östlichen Kijewer Brückenkopf keine Aenderungen. Südlich Kijew nordwestlich von Taraschtscha meldet der Moskauer Bericht mit frischen Kräften unternommene heftige polnische Gegenangriffe. Der linke Flügel der roten Front scheint bereits bis 30 Werst südöstlich von der Station Wapnarka an der Bahn Proskurow—Odessa vorgedrungen zu sein.

Laut demselben Funkentelegramm hat Tschitscherin bei der österreichischen Regierung gegen die Lieferung von Kriegsmaterial an Polen protestiert und mit Repressalien gedroht. Desgleichen hat Tschitscherin auch bei der tschecho-slowakischen Regierung gegen die Durchfuhr des österreichischen Kriegsmaterials nach Polen protestiert.

•

Eine polnische Gegenoffensive?

kg. Rotterdam, 1. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Nach einer „Temps"-Meldung hat die polnische Gegenoffensive im Raume von Minsk eingesetzt. Minsk ist nach dieser „Temps"-Meldung noch nicht von den Russen besetzt, die nur in die Vorstädte eingedrungen waren, diese aber wieder geräumt haben.

B. Berlin, 1. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Die polnische Gesandtschaft gibt allgemeine Einberufungsbefehle an die militärpflichtigen Polen aus.

•

Die Angriffe der Russen eingestellt

B. Berlin, 1. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Nach Meldungen, die der polnischen Gesandtschaft zugingen, ist der bolschewistische Vorstoß an der ganzen Front zum Stillstand gekommen. Die Stadt Berditschew ist erneut von den Polen besetzt. Die polnische Funkenstation in Minsk arbeitet wieder.

•

Die Bolschewisten in Asien

+ Paris, 1. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Aus Teheran wird gemeldet, daß die Bolschewisten in Enzeli Kavallerie und Panzerautomobile gelandet haben, wodurch sie in die Lage versetzt werden, in zwei Tagen Teheran zu erreichen. Sie haben auch Abmachungen mit der Bevölkerung von Nordpersien getroffen, die im Besitze der Land- und Seeeisenbahnen im Norden des Landes ist. Ein bolschewistischer Botschafter soll bereits in Teheran angekommen sein, was die sofortige Abreise des englischen Botschafters zur Folge hatte.

⊕ Paris, 1. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Aus Bagdad wird gemeldet, daß hier infolge des bolschewistischen Vormarsches in Persien große Unruhe herrscht. Der Schah von Persien, der in Bagdad weilte, hat seinen Aufenthalt abgebrochen und ist nach Persien zurückgekehrt.

•

Krassins Mission

+ Paris, 1. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Ueber die Verhandlungen mit Krassin meldet der „Temps", daß das Gerücht über Meinungsverschiedenheiten unter den englischen Nationalisten über den Empfang der russischen Abordnung dementiert wird. Es wird betont, daß die Reise Krassins nach London auf Grund einer offiziellen Einladung der Konferenz von San Remo erfolgt ist, die die Wiederaufnahme von Handelsbeziehungen zu Rußland vorsieht. Die englische Regierung hat sich nicht darauf beschränken lassen, einen Modus vivendi zu finden, wie man mit Rußland zu einem Austausch von Fertigwaren gegen Rohstoffe kommen kann.

Die Räumung Sibiriens

Die „Times" berichten aus Peking: Alle tschechischen, rumänischen, serbischen und polnischen Truppen in Sibirien sind in Wladiwostok angekommen und werden, sobald die nötigen Transportschiffe verfügbar sind, gegen Ende Juni die Stadt geräumt haben. — Die „Times" bemerken dazu: Japan wird sich dann über die Frage der japanischen Besetzung äußern müssen. Im fernen Osten sei man beunruhigt deswegen, daß Japan seine drei Divisionen kürzlich um 10 000 Mann verstärkt habe.

Ungarn konspiriert gegen Oesterreich?

Staatskanzler Renner hat dem ungarischen Gesandten erklärt, der Staatsregierung der Republik Oesterreich lägen Nachrichten vor, daß an der Ostgrenze Deutsch-Oesterreichs ungefähr 1000 Offiziere österreichischer Staatsbürgerschaft organisiert sind, die gegebenenfalls in Oesterreich einzubrechen beabsichtigten. Die österreichische Staatsregierung ist auch informiert, daß für diese Formation von der ungarischen Regierung ein Beitrag von zehn Millionen Kronen ausgeworfen worden ist. Sie erwartet eingehende Aufschlüsse über diese Vorgänge, um so mehr, als sie geeignet erscheinen, eine höchst bedauerliche Trübung der Beziehungen beider Nationen herbeizuführen. Der österreichische Gesandte in Budapest hat den Auftrag erhalten, bei dem ungarischen Minister des Aeußern dieselbe Beschwerde zu erheben.

Zur Anbahnung internationaler Verständigung

London, 29. Mai. (Eig. Bericht.) Am 27. Mai hat der Kongreß der „International Law Association" in Portsmouth begonnen. Er steht unter dem Präsidium des Grafen Reading. Als Verhandlungsleiter wirkt der Kgl. Staatsrat Lord Phillimore, der den von Robert Cecil und General Smuts bei der Pariser Friedenskonferenz eingebrachten und späterhin einschneidend veränderten Völkerbundsentwurf geschaffen hat. Der Kongreß, an dem die führenden Mitglieder der holländischen Schiedsgerichtskommission teilnehmen, ist als ein Vorspiel zu der für den kommenden Monat angesetzten Haager Konferenz über die Bildung eines internationalen Schiedsgerichtshofes anzusehen. Besonderes Interesse verdient ein Antrag, den das Mitglied der „Law Association", der britische Rechtsgelehrte F. N. Keen jetzt in Portsmouth eingebracht hat. Keen schlägt vor, daß eine internationale Kommission, im Rahmen des Völkerbundes, gebildet werde, mit der Aufgabe, die „unparteiische Prüfung von Grenzveränderungswünschen" zu übernehmen, denn es sei ohne Zweifel, daß die Bevölkerung in verschiedenen Gebieten eine „gerechte Lösung ihrer nationalen Zusammengehörigkeit" verlangen werde. Keen gibt zu, daß die territorialen Bestimmungen des Versailler Vertrages der Umgestaltung bedürftig seien.

•

Die Amerikaner als Geldgeber

F. Paris, 30. Mai. (Eig. Bericht.) Der amerikanische Vertreter in der neugebildeten „internationalen Handelskammer", die unter dem Protektorate der französischen Regierung steht, gab eine Erklärung ab, des Inhalts, daß eine Gruppe nordamerikanischer Banken den französischen Luxuswarenfabrikanten langfristige Kredite zur Beschaffung von Rohstoffen einräumen wolle; dafür müßte, unter festen Preisbestimmungen, ein Teil der Produktion den amerikanischen Geldgebern zugesichert werden. Dieses System soll auch in andern französischen Industriezweigen zur Anwendung gelangen.

•

Die Franzosen beharren auf 200 Milliarden

⊕ Genf, 1. Juni. (Eig. Drahtbericht.) **Havas meldet: In Verfolg des Kammerbeschlusses hat das Kabinett Millerand dahin entschieden, unter allen Umständen an der Schadenersatzforderung von 200 Milliarden Franken auf der Konferenz in Spa festzuhalten.**

•

Lloyd George über Spa

⊕ Rotterdam, 1. Juni. (Eig. Drahtbericht.) **„Daily Mail" meldet: Beim Empfang der liberalen Führer sprach Lloyd George über die Aufgaben der Konferenz in Spa. Der Premierminister führte aus, es sei nicht beabsichtigt, in Spa über Aenderungen oder Abschwächungen des Versailler Vertrages zu sprechen. Soweit die Lage Deutschlands gegenüber der vom Sommer 1919 eine Verschlechterung aufweise, müßten die Alliierten den veränderten Umständen Rechnung tragen. Im übrigen hoffe er von der Aussprache mit den Deutschen, daß die Deutschen den Versailler Vertrag nicht außer acht lassen werden.**

•

Teilnehmer an der Finanzkonferenz

v Haag, 30. Mai. (Eig. Bericht.) In Amsterdamer Bankkreisen wird bekannt, daß der Gouverneur der London City and Midland Bank, der frühere Handelsminister, Sir Walter Runciman, als Vertreter einer die wirtschaftliche Wiedererneuerung Deutschlands erstrebenden englischen Finanzgruppe während der Brüsseler Finanzkonferenz in Brüssel Aufenthalt nehmen wird. Runciman gehört zu den Unterzeichnern des bekannten „Memorandums", in dem die hervorragendsten Bankleiter Englands und Hollands ihr Gutachten über die finanzielle Herstellung Europas dargelegt haben.

•

Ein Aktendiebstahl bei Deschanel?

v Haag, 30. Mai. (Eig. Bericht.) **Eine von hier aus nicht näher nachzuprüfende Pariser Nachricht besagt, daß aus dem Aktenmaterial, das sich Präsident Deschanel auf die Reise mitnahm, eine Mappe verschwunden sei, die sich auf den schwebenden englisch-französischen Gedankenaustausch über europäische, sowie orientalische Angelegenheiten bezieht. Deschanel studierte das Material, bevor er sich zur Ruhe begab. Bei Durchsuchung des Wagens in Roanne, wo das Verschwinden des Präsidenten aus dem Zuge erst bemerkt wurde, konstatierte der Generalsekretär des Präsidenten das Fehlen der Schriftstücke. In Regierungskreisen wird über den Vorfall strengstes Stillschweigen bewahrt, aber es finden intensive Nachforschungen der Staatspolizei statt, um die peinliche Angelegenheit, die man mit einem „politischen Komplott" in Zusammenhang bringt, zu klären.**

Deutsche Schiffe und Amerikas Welthandelspläne

Von unserm 8-Berichterstatter
New-York, Anfang Mai

Der als leitender Ingenieur des Panamakanalbaues weltbekannte amerikanische Pionieroffizier George W. Goethals, zur Zeit Präsident der millionenreichen American Shipping & Commerce Co., hat eine Erklärung abgegeben, die für den deutschen Handel von größter Bedeutung ist.

Wie durch Kabelberichte bekannt, weigert sich die Regierung der Vereinigten Staaten, gewisse beschlagnahmte deutsche Dampfer, an ihrer Spitze „Vaterland", der englischen Regierung zu übergeben, obwohl das anscheinend früher so zugesichert worden war. Als aber diese wertvollen Schiffe gegen ein Butterbrot an die britischen Interessenten übergehen sollten, erschien der bekannte Zeitungskönig Hearst mit großem Trompetengeschmetter und Hurrapatriotismus auf dem Plan und setzte das gerichtliche Verbot der Uebertragung durch. Später wurde dann mitgeteilt, man plane, die Schiffe der Hamburg-Amerika-Linie, die als „Agentur" der U.-S.-Schiffsbehörde gedacht war, sozusagen zu leihen, was natürlich ein großes Protestgeschrei der Vereinigung der amerikanischen Reeder hervorrief, die wohl wußten, daß damit die Hamburger Gesellschaft alsbald wieder an die Spitze des Weltverkehrs, besonders des amerikanischen, rücken würde.

Gegen die ablehnende Haltung der amerikanischen Reedervereinigung wendet sich nun General Goethals ausführlich. Er erklärt, die Reeder sähen die ganze Geschichte von einer falschen Seite an. Die Hauptsache sei, daß Amerika einen entsprechenden Anteil am deutschen Welthandel bekomme. Verschiedene früher deutschfeindliche Länder hätten durch ihre führenden Reedereien deutsche, vor allem Hamburger Linien übernommen, und es sei schlecht einzusehen, warum die U. S. A. nicht dasselbe tun sollten. Die großen deutschen Schiffahrtsgesellschaften hätten glänzende Organisationen aufgebaut, die zu benutzen sehr ratsam und die zu verwerfen geradezu töricht sei. Da nun die amerikanischen Behörden die Schiffe lediglich für den deutsch-amerikanischen Verkehr zu verwenden planen, diese also sowieso nicht anderswo gebraucht würden, so könne von einer Benachteiligung des amerikanischen Exportgeschäftes zugunsten des deutschen keine Rede sein. Die Schiffe würden natürlich die amerikanische Flagge führen, und der neue Verkehr dieser amerikanischen (sic!) Dampfer unter Agenturleitung durch die Hapag werde wesentlich zur Herstellung geordneter Verhältnisse und einer Festigung der Weltlage beitragen.

Sehr bemerkenswert ist, daß Admiral Benson, der gegenwärtige Leiter der U.-S.-Schiffsbehörde, anscheinend ein großer Freund des von Goethals verteidigten Planes ist und wegen der Docks usw. bereits Verhandlungen angeknüpft hat.

So mag es denn kommen, daß schon bald die schönen deutschen Schiffe unter der Hapag-Hausflagge wieder in Hamburg einlaufen — aber mit fremden Namen und mit dem Sternenbanner am Heck.

Bodo Ronnefeld.

•

× Paris, 31. Mai. „New York Herald" meldet, 48 ehemalige deutsche Handelsschiffe seien für die Dauer von fünf Jahren einer amerikanischen Gesellschaft zur Verfügung gestellt worden, um eine regelmäßige Verbindung mit Bremen und Danzig herzustellen.

Ernährungspolitik

Von A. Barteld (Hannover)
Mitglied der preußischen Landesversammlung
(Nachdruck verboten)

Das Schlagwort vom Wiederaufbau spielt in der Wahlbewegung eine große Rolle. Hierbei soll man nicht vergessen, daß eine vernünftige Ernährungspolitik eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Wiederaufbau, für die Gesundung des wirtschaftlichen Lebens ist. Ein unterernährtes Volk, in dem die breiten Schichten heute nicht wissen, was sie morgen und übermorgen essen sollen, in dem der Hunger ein ständiger Gast ist, wird stets den Keim der Unzufriedenheit, der Unruhe in sich tragen. Wo die Ernährungssorge ständig an die Tür pocht, kann keine Arbeits- und Schaffensfreude Platz greifen. Mit Recht sagt Lloyd George, die Wiedergutmachung werde möglich, sobald Deutschland nicht mehr hungere. Dann werden wieder einziehen eine größere Beruhigung, Zufriedenheit, Ruhe und Ordnung; dann wird die Arbeitsleistung wieder steigen.

Im Jahre 1906 führte Deutschland ein für: 281 Millionen Mark Weizen, 238 Millionen Mark Gerste, 112 Millionen Mark Mais, 76 Millionen Mark Hafer, 75 Millionen Mark Roggen, 145 Millionen Mark Eier, 133 Millionen Mark Schmalz, 58 Millionen Mark Reis, 48 Millionen Mark Federvieh, 48 Millionen Mark Fische, 42 Millionen Mark Heringe, 41 Millionen Mark Kakaobohnen, 34 Millionen Mark Obst und Beeren. Wer die vor dem Kriege so blühende deutsche Landwirtschaft schon nicht in der Lage, das allerdings wohl etwas üppig lebende deutsche Volk zu ernähren, so kann das ohne Erschließung neuer Ödländereien auch bei wesentlich bescheidenerer Lebenshaltung erst recht nicht die geschwächte und um die verlorenen Agrargebiete im Osten und in Schleswig verkleinerte Landwirtschaft im neuen Deutschland. Deutschland wird eine erhebliche Einfuhr an Lebensmitteln gebrauchen. Sie können wir nur erreichen und bezahlen, wenn wir unsre Produktion namentlich in Kohle und Kali steigern, wenn wir unsre Industrie wieder in Gang bringen und wenn wir neben dem Kali wieder in deutschen Fabriken in Fertigfabrikate umgewandelte Rohstoffe ausführen.

Die Einfuhr an Lebensmitteln ist natürlich kein Ideal. Durchaus erwünscht und notwendig ist es, die heimische Erzeugung an Lebensmitteln so weit als nur irgend möglich zu steigern und die Grundlage für die Volksernährung in weitgehendstem Maße wieder in die deutsche Landwirtschaft zu legen. Je mehr Nahrungsmittel wir im Inlande erzeugen, um so weniger brauchen wir vom Auslande einzuführen und durch andre Produkte unsres Erwerbsfleißes zu bezahlen, um so unabhängiger werden wir und um so mehr steigen unser Kredit und unsre Valuta.

Der starke Rückgang unserer landwirtschaftlichen Produktion ist nun nicht etwa eine Folge der Revolution — man macht sie ja bekanntlich für alles verantwortlich —, sondern er ist eine Folge des Krieges und der Kriegswirtschaft, die nicht mit dem Ausbruch des Krieges ohne weiteres eingestellt werden konnte.

Je länger der Krieg dauerte, um so mehr männliche Arbeitskräfte mußte man der Volkswirtschaft und natürlich auch der Landwirtschaft entziehen. Daneben zeigten die militärischen Stellen fast gar kein Verständnis für die Bedürfnisse des Wirtschaftslebens. Tausende und aber Tausende von in der Genesung begriffenen Kranken und Verwundeten ließ man bei den Ersatztruppenteilen herumlungern, anstatt sie, soweit sie es wünschten, der Wirtschaft wieder zuzuführen, wo sie Befriedigung in der Arbeit gefunden hätten und oft auch viel schneller gesundet wären. Die Frauen, Kinder und Greise, die die Arbeit übernehmen mußten, konnten bei Einsetzung aller Kräfte auch nicht Gefangenen den Acker nicht so bebauen und instand halten, wie es erwünscht gewesen wäre, vielfach fehlte ihnen natürlich auch die Sachkunde.

Die Viehhaltung war im Frieden sehr stark von ausländischen Futtermitteln — Gerste, Mais, Oelkuchen, Baumwollsaatmehl usw. — abhängig. Sie fielen mit der einsetzenden Blockade aus, was zur Folge hatte, daß die Viehhaltung eingeschränkt werden mußte, wenn man nicht die Ernährung der Menschen gefährden wollte. So sahen wir den Schweinemord und den allgemeinen Rückgang der Viehbestände und damit die Verminderung der besten, der natürlichen Düngemittel. Da auch künstliche Düngemittel nur noch in immer geringeren Mengen geliefert werden konnten, verarmte der Boden immer mehr und lieferte von Jahr zu Jahr weniger.

Neben der ordnungsmäßigen Bearbeitung des Grund und Bodens, wozu vielleicht beim Großgrundbesitz, der auf ausländische Arbeiter, Russen, Polen, Galizier, angewiesen war, nicht immer die nötigen Arbeitskräfte vorhanden sind (für den kleinen und mittleren Grundbesitz trifft das freilich nicht zu), sind zur Steigerung des Bodenertrages vor allem Dingen Düngemittel erforderlich. Vermehrter natürlicher Dünger hat Vermehrung der Viehstapel, diese aber eine stärkere Einfuhr von Futtermitteln zur Voraussetzung. Bei unsrer Valuta jedoch kann der Landwirt ausländische Futtermittel, sofern sie überhaupt zu haben sein werden, nicht kaufen, wenn ihm nicht für sein Vieh und dessen Erzeugnisse bedeutend höhere Preise gezahlt werden.

Die Frage der Belieferung und der Verwendung von künstlichen Düngemitteln ist in erster Linie eine Kohlen- und eine Preisfrage. Dank der durch die unermüdliche Aufklärungsarbeit gehobenen Arbeitsfreudigkeit und der gesteigerten Kohlenproduktion ist es möglich gewesen, die Kalibergwerke und die Düngemittelfabriken wesentlich besser zu beliefern und so die Düngemittelerzeugung stark zu heben. Leider hat hier nach dem Urteil des Unterstaatssekretärs Mamm vom preußischen Landwirtschaftsministerium „das Vorgehen des „Reichskanzlers" Kapp geradezu vernichtend auf die Landwirtschaft gewirkt". Der Putsch fiel in die Zeit der Frühjahrsbestellung und das Versäumte ist, da die Jahreszeit nicht auf uns wartet, nicht mehr nachzuholen.

Ist nun auch die Kohlenproduktion wieder in vollem Gange und ist somit mit einer weiteren Steigerung der Düngemittelerzeugung zu rechnen, so sind die künstlichen Düngemittel aber so teuer geworden, daß der Landmann sich scheut, sie noch zu kaufen und in den Acker zu stecken. Nach dem Stande von Mitte März 1920 sind gegenüber dem Jahr 1914 für ein Kilo im Preise gestiegen: Stickstoff im Salpeter von 1,40 auf 13,50 M. = 964 Proz., Stickstoff im schwefelsauren Ammoniak von 1,35 auf 12 M. = 788 Proz., Stickstoff im Kalkstickstoff,